

# ROLAND RECHTSREPORT 2015



**Einstellung der Bevölkerung  
zum deutschen Rechtssystem  
und zur Mediation**



**Rechtliche Sorgen der  
Bevölkerung und ihre  
Einstellung zu bundesweiten  
Volksabstimmungen**



# Untersuchungssteckbrief

Befragter Personenkreis:	deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1.505 Personen
Auswahlmethode:	repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	persönlich-mündlich (face-to-face)
Repräsentativität:	repräsentativ für den befragten Personenkreis
Befragungszeitraum:	November 2014

## Methodische Konzeption und Durchführung

Institut für Demoskopie Allensbach

## Impressum

ROLAND Rechtsschutz-Versicherungs-AG  
Dr. Jan C. Vaterrodt  
Leiter Marketing und Kommunikation  
Deutz-Kalker Straße 46  
50679 Köln  
[www.roland-gruppe.de](http://www.roland-gruppe.de)  
[presse@roland-konzern.de](mailto:presse@roland-konzern.de)

## Vorbemerkung

Mit dem ROLAND Rechtsreport wird regelmäßig die öffentliche Meinung zum deutschen Rechtssystem und zu ausgewählten rechtspolitischen Schwerpunktthemen ermittelt. Das INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH führt dazu nun bereits im fünften Jahr in Folge im Auftrag der ROLAND Rechtsschutz-Versicherungs-AG eine bevölkerungsrepräsentative Befragung durch.

Die Schwerpunkte in diesem Jahr waren zum einen erneut die Langzeitanalyse des Vertrauens in wichtige gesellschaftliche und staatliche Institutionen sowie die Ermittlungen zu Bekanntheit und Bewertung der Mediation. Zum anderen wurde erstmals der Frage nachgegangen, über welche rechtlichen Risiken – vom Verkehrsunfall über Auseinandersetzungen mit dem Arbeitgeber bis hin zu Rechtsstreitigkeiten infolge von Kaufverträgen – sich die Bürger besonders Sorgen machen. Als rechtspolitisches Schwerpunktthema wurden schließlich die Einstellungen der Bevölkerung zur direkten Demokratie untersucht: Inwiefern befürwortet die Bevölkerung eine Ausweitung bundesweiter Volksabstimmungen? Zu welchen Themen wünscht man sich Volksabstimmungen? Und wie würde man bei ausgewählten Fragen votieren?

Die Untersuchung stützt sich auf insgesamt 1.505 Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung ab 16 Jahren. Die Interviews wurden persönlich-mündlich (face-to-face) zwischen dem 1. und 13. November 2014 durchgeführt. Die wichtigsten Befunde der Studie fasst der vorliegende Bericht im Folgenden zusammen.

Allensbach am Bodensee, am 29. November 2014  
INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

# Inhalt

	Seite
Vorbemerkung .....	4
Geleitworte .....	6
Zusammenfassung .....	8
<b>Teil A</b> Einstellung der Bevölkerung zum deutschen Rechtssystem und zur Mediation .....	11
I. Hohes Vertrauen der Bevölkerung in das deutsche Rechtssystem – aber auch Kritik .....	12
II. Mediation – ein Weg zur Vermeidung von Gerichtsprozessen .....	20
<b>Teil B</b> Rechtliche Sorgen der Bevölkerung und ihre Einstellung zu bundesweiten Volksabstimmungen ...	25
I. Rechtliche Sorgen der Bevölkerung .....	26
II. Einstellung der Bevölkerung zu bundesweiten Volksabstimmungen .....	32
Verzeichnis der Schaubilder .....	40

## Liebe Leserinnen und Leser,



Rechtsstreitigkeiten sind für die meisten Deutschen unangenehm. Viele Menschen machen sich daher Sorgen, dass sie – auch unfreiwillig – in rechtliche Auseinandersetzungen geraten. Gleichzeitig möchten sie auf ihr Recht nicht verzichten und zum Beispiel in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Im mittlerweile fünften ROLAND Rechtsreport haben wir daher – zu den jährlichen Trendfragen zur Zufriedenheit mit dem deutschen Rechtssystem und zur Mediation – zwei Themenschwerpunkte ergänzt: Wir haben gefragt, welche Rechtsrisiken die Bürger am meisten fürchten und wie sie zum Thema Volksbefragungen stehen.

In einen Verkehrsunfall zu geraten, einen ärztlichen Behandlungsfehler zu erleiden oder Opfer einer Straftat zu werden durch Einbruch, Diebstahl oder Körperverletzung steht auf der Sorgenliste der Deutschen ganz oben. Gerade wenn Leib und Leben in Gefahr sind, will man hinterher nicht noch allein wie auf hoher See in einem Rechtsstreit stehen. Auch darum ist es gut, einen starken Partner wie die ROLAND Rechtsschutz-Versicherung an der Seite zu haben. Bei den kleineren, aber durchaus gegenwärtigen Sorgen der Deutschen zeigt sich, dass auch Rechtsstreitigkeiten beim Autokauf, beim Handy-Vertrag oder bei Abonnements gefürchtet sind. Dass diese Probleme sehr lebensnah sind, zeigt sich auch daran, dass sich die jüngere Generation hinsichtlich dieser Rechts-

risiken besonders sorgt. Die Praxis gibt ihr recht: Vertragsstreitigkeiten führen die Liste der häufigsten Rechtsrisiken bei ROLAND Rechtsschutz an. Von den im Laufe eines Jahres von ROLAND regulierten mehr als 355.000 Leistungsfällen betrifft fast ein Viertel der Fälle verschiedene Vertragsstreitigkeiten.

Die Deutschen sind bekannt dafür, dass sie gern und leidenschaftlich Themen diskutieren. Da ist es schon fast erstaunlich, dass „nur“ 45 Prozent der Deutschen generell mehr Volksentscheide auf bundesweiter Ebene wünschen. Wenn es aber um ein deutsches Lieblingsthema geht – zum Beispiel das Auto –, zeigt sich einmal mehr, dass die Menschen mitreden wollen. Zur Einführung der Pkw-Maut geben 51 Prozent der Befragten an, dass sie einen Volksentscheid begrüßen würden. 56 Prozent aller Deutschen würden dann übrigens gegen die Einführung der Pkw-Maut stimmen.

Als großer deutscher Rechtsschutz-Versicherer haben wir ein besonderes Interesse daran, dass unser Rechtssystem funktioniert und dies in der Bevölkerung auch anerkannt wird. Umso erfreulicher sind die Ergebnisse des ROLAND Rechtsreports 2015, der eine weiterhin robuste Zustimmung zum deutschen Rechtssystem offenbart. Und auch die Mediation als Alternative zum Gerichtsgang erfreut sich wachsender Bekanntheit und Zustimmung auf hohem Niveau. Auch so lassen sich Rechtsstreitigkeiten einvernehmlich aus der Welt räumen.

Herzlichst Ihr

Rainer Brune  
Vorstandsvorsitzender der  
ROLAND Rechtsschutz-Versicherungs-AG

## Liebe Leserinnen und Leser,



der fünfte ROLAND Rechtsreport zeigt erneut das große und stabile Vertrauen der Bürger in das Rechtssystem. Die überwältigende Mehrheit vertraut sowohl dem gesetzlichen Rahmen wie auch der Rechtsprechung in Deutschland. Das auch heute noch geringere Vertrauen der ostdeutschen Bürger zeigt allerdings, wie lange historische Erfahrungen nachwirken. Zwar vertraut mittlerweile auch die Mehrheit der ostdeutschen Bürger Gesetzen und Gerichten; der Abstand zwischen West und Ost ist jedoch insbesondere in Bezug auf das Vertrauen in den gesetzlichen Rahmen groß: 74 Prozent der westdeutschen, aber nur 55 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung haben großes Zutrauen zu den gesetzlichen Regelungen.

Ein verlässlicher gesetzlicher Rahmen und eine qualifizierte, unabhängige Rechtsprechung sind den Bürgern eminent wichtig. Immerhin jeder vierte war in den letzten zehn Jahren an einem Prozess beteiligt und der überwältigenden Mehrheit ist bewusst, dass im Alltag viele Risiken existieren, die zu Prozessen führen können. Insbesondere die Risiken, in einen Verkehrsunfall verwickelt zu werden, Opfer eines ärztlichen Kunstfehlers oder Opfer einer Straftat zu werden, spielen im Bewusstsein der Bürger eine große Rolle. Die Sorge, Opfer einer Straftat zu werden, hat in den letzten Jahren signifikant zugenommen. Vor diesem Hintergrund ist ein intaktes Rechtssystem

für die meisten ein wichtiger Rückhalt in solchen gefürchteten Situationen.

Nach wie vor sieht die überwältigende Mehrheit allerdings die Überlastung der Gerichte und die langen Verfahrensdauern kritisch. Umso wichtiger ist es, dass immer mehr Bürger von der Option der Mediation, des außergerichtlichen Einigungsverfahrens, wissen. Viele halten diesen Weg auch für geeignet, um die Zahl der anhängigen Gerichtsverfahren zu vermindern. Mit der gesetzlichen Regelung zum Mediationsverfahren wird die Möglichkeit, die Gerichte zu entlasten, gestärkt.

Ihre

Prof. Dr. Renate Köcher  
Institut für Demoskopie Allensbach

## Zusammenfassung

### JEDE ZWEITE FRAU MACHT SICH SORGEN, OPFER EINER STRAFTAT ZU WERDEN

An vielen Stellen im Alltag lauern Risiken, die bei ungünstigem Verlauf in einer rechtlichen Auseinandersetzung münden können. Dabei machen sich die Bürger ganz unterschiedlich häufig Sorgen über verschiedene Rechtsrisiken des Alltags. Am häufigsten machen sich die Bürger über die Verwicklung in einen Verkehrsunfall (60 Prozent) und einen ärztlichen Behandlungsfehler (54 Prozent) Gedanken. Auch Opfer einer Straftat wie Diebstahl, Einbruch oder Körperverletzung zu werden, beschäftigt mit 46 Prozent fast jeden zweiten hin und wieder. Andere Rechtsrisiken folgen erst mit deutlichem Abstand. Die Sorgen sind dabei mitunter an bestimmte Lebensphasen gebunden. So machen sich die 60-Jährigen und Älteren überdurchschnittlich Sorgen über ärztliche Behandlungsfehler. Überdurchschnittlich häufig macht sich die jüngere Generation dagegen Sorgen wegen rechtlicher Probleme bei Kaufverträgen wie beispielsweise beim Auto, Handy oder bei Abonnements.

Männer und Frauen sorgen sich weitgehend wegen ähnlicher Themen. Nur in vier Bereichen gibt es nennenswerte Unterschiede. Die Angst vor einem ärztlichen Behandlungsfehler, dass man Opfer einer Straftat wird oder in einen Erbschaftsstreit verwickelt werden könnte, beunruhigt signifikant mehr Frauen als Männer. So machen sich 51 Prozent der Frauen manchmal Gedanken darüber, Opfer einer Straftat zu werden. Von den Männern machen sich hingegen „nur“ 40 Prozent darüber Sorgen. Umgekehrt sorgen sich mehr Männer (31 Prozent) als Frauen (20 Prozent), wegen einer Kfz-Ordnungswidrigkeit belangt zu werden.

### 45 PROZENT WOLLEN GRUNDSÄTZLICH MEHR VOLKSENTSCHEIDE, JEDER VIERTE WEISS KAUM, WIE GESETZE ZUSTANDE KOMMEN

Die generelle Stärkung der direkten Demokratie durch Volksabstimmungen findet in der Bevölkerung eine breite Zustimmung. Stellt man die Bürger vor die Frage, ob sie es besser fänden, wenn es künftig zu mehr politischen Fragen eine Volksabstimmung geben würde, sprechen sich 45 Prozent für eine Ausweitung, 40 Prozent hingegen für den Status quo aus. Dabei ist es keinesfalls so, dass die Bundesbürger das Gefühl haben, nicht zu wissen, wie in Deutschland Gesetze zustande kommen. 20 Prozent haben nach eigener Einschätzung ein relativ genaues Verständnis davon, 51 Prozent wissen dies zumindest in etwa. 27 Prozent sagen von sich selbst, dass sie darüber kaum bzw. gar nicht Bescheid wissen.

Die Felder, auf denen die Befürworter von mehr bundesweiten Volksabstimmungen mitbestimmen möchten, sind breit gefächert. Jeweils mehr als die Hälfte derjenigen, die sich für eine Ausweitung bundesweiter Volksabstimmungen aussprechen, möchte gern über die Einführung der Pkw-Maut, die Zulassung gentechnisch veränderter Lebensmittel, die Erhöhung der Abgeordnetenbezüge sowie die Zuwanderung nach Deutschland abstimmen. Die Pkw-Maut ist zugleich das einzige Thema, bei dem von allen Deutschen mehrheitlich (51 Prozent) eine Volksabstimmung gewünscht ist. Die Steuer-, Renten- und Gesundheitspolitik sind Bereiche, bei denen jeweils rund 40 Prozent derjenigen, die sich für eine Stärkung bundesweiter Volksabstimmungen aussprechen, mitbestimmen möchten.

Das Votum der Bürger fällt bei vielen Fragen sehr eindeutig aus: 74 Prozent würden sich bei einer Volksabstimmung für die Begrenzung von Vorstands- und Managergehältern aussprechen, 66 Prozent für die (noch) stärkere Förderung erneuerbarer Energien, 55 Prozent für die Beschränkung der Zuwanderung nach Deutschland. Ebenso viele würden sich bei einer Volksabstimmung für die Rückübertragung von Befugnissen von der europäischen auf die nationale Ebene aussprechen. Eine Mehrheit fände zudem die Abschaffung der Rente mit 67 richtig. Keinen Erfolg bei Volksabstimmungen hätte die Einführung der Pkw-Maut, gegen die 56 Prozent der Bevölkerung votieren würden. Auch der EU-Beitritt der Türkei sowie der Anbau gentechnisch veränderter Lebensmittel würden auf breite Ablehnung stoßen.

#### **HOHES VERTRAUEN DER BEVÖLKERUNG IN DAS DEUTSCHE RECHTSSYSTEM; VERTRAUEN IN GEWERKSCHAFTEN SINKT**

Das deutsche Rechtssystem genießt bei den Bürgern der Bundesrepublik weiterhin ein hohes Maß an Vertrauen. 71 Prozent der Bürger haben sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in die Gesetze, 63 Prozent in die Gerichte. Lediglich den mittleren und kleinen Unternehmen als Rückgrat der deutschen Wirtschaft sowie der Polizei als Hüterin von Recht und Ordnung bringen die Bürger mit 84 Prozent bzw. 74 Prozent noch mehr Vertrauen entgegen.

Beim Vergleich über die letzten Jahre ist bei den mittleren und kleinen Unternehmen mit 84 Prozent ein deutlicher Vertrauenszugewinn zu verzeichnen, während das Vertrauen der Bevölkerung in große Wirtschaftsunternehmen wieder leicht, das Vertrauen in die Gewerkschaften sogar etwas stärker gesunken ist. Konnten die Gewerkschaften während der Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich an Boden gewinnen und das Vertrauen von zuletzt 47 Prozent der Bürger für sich verbuchen, dürfte

der aktuelle Rückgang auf 41 Prozent auch eine Folge der Auseinandersetzungen bei Bahn und Lufthansa sein.

Auch 25 Jahre nach dem Fall der Mauer und der Wiedervereinigung gibt es zwischen West- und Ostdeutschland nach wie vor teils bemerkenswerte Unterschiede im Institutionenvertrauen. So vertrauen 74 Prozent der westdeutschen Bevölkerung den Gesetzen, in Ostdeutschland sind es lediglich 55 Prozent. Auch die Polizei, die Verwaltung, Zeitungen und Kirchen genießen in Ostdeutschland signifikant geringeres Vertrauen als im Westen der Bundesrepublik. So vertrauen im Westen 76 Prozent der Polizei, im Osten sind es 63 Prozent. Der Verwaltung bringen 49 Prozent der westdeutschen, aber nur 36 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung Vertrauen entgegen.

Ungeachtet des insgesamt hohen grundsätzlichen Vertrauens der Bevölkerung in Gesetze und Gerichte benennen die Bundesbürger auch eine Reihe von Kritikpunkten in Bezug auf das deutsche Rechts- und Justizsystem. Dabei stehen insbesondere zu lange Verfahrensdauern aufgrund der Arbeitsüberlastung der Gerichte, eine als uneinheitlich wahrgenommene Rechtsprechung, zu milde Strafen und zu komplizierte Gesetze im Fokus.

#### **45 PROZENT DER DEUTSCHEN BEWERTEN MEDIATION ZUR BEILEGUNG VON STREITIGKEITEN POSITIV**

Der großen Mehrheit der Bevölkerung ist der Gedanke, vor Gericht zu treten, unangenehm. Mit dem Gesetz zur Förderung der Mediation und anderer Verfahren der außergerichtlichen Konfliktbeilegung ist Mitte 2012 erstmals eine umfassende gesetzliche Regelung für die außergerichtliche Mediation in Kraft getreten. Die Bekanntheit des Mediationsverfahrens hat im Vergleich zum Vorjahr zugenommen. Nach den aktuellen Daten

haben 68 Prozent der Bevölkerung bereits von der Möglichkeit der Mediation gehört. Besonders in höheren Bildungsschichten ist die Mediation weit- hin bekannt.

Die Bevölkerung bewertet die Erfolgchancen des Mediationsverfahrens auf einem weitgehend ähnlichen Niveau wie in den Vorjahren. Aktuell sind 45 Prozent der Bürger der Meinung, dass sich durch die Mediation viele Streitigkeiten beilegen lassen, 42 Prozent sind diesbezüglich skeptisch. Von den Personen, die bereits von der Möglichkeit der Mediation gehört haben und die damit zumindest teilweise auch weitere Informationen als Grundlage für ihr Urteil haben, ist mit 53 Prozent die Mehrheit davon überzeugt, dass sich mit den Methoden der Mediation viele rechtliche Auseinandersetzungen beilegen lassen.

A row of classical stone columns, likely in a courtroom or legal setting, with a semi-transparent white banner overlaid on the upper portion. The columns are light-colored and have a fluted design. The banner contains the title text.

**Teil A** | Einstellung der Bevölkerung zum  
deutschen Rechtssystem und zur Mediation

# I. HOHES VERTRAUEN DER BEVÖLKERUNG IN DAS DEUTSCHE RECHTSSYSTEM – ABER AUCH KRITIK

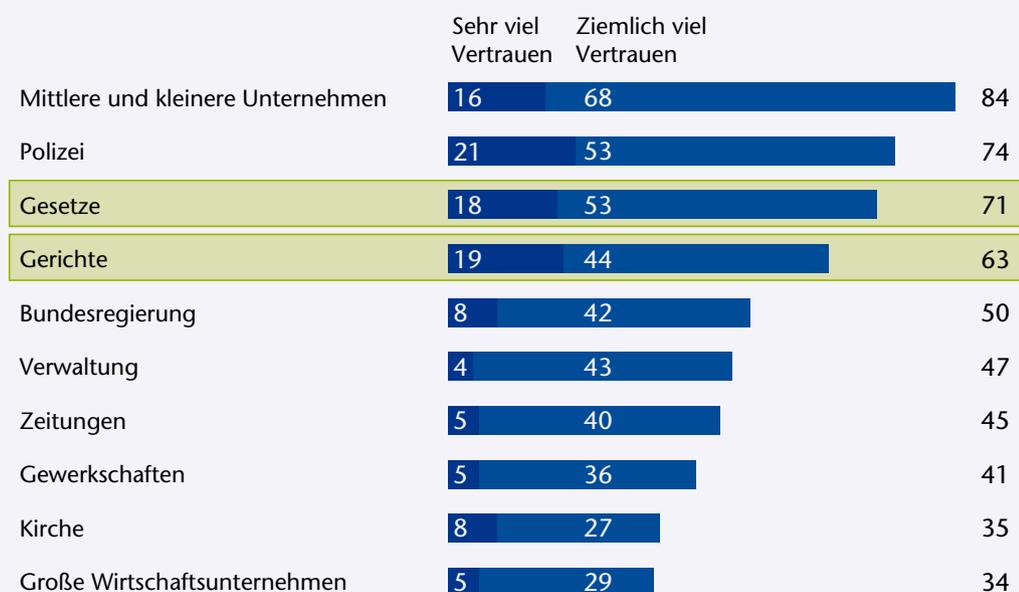
Das deutsche Rechtssystem genießt bei den Bürgern der Bundesrepublik ein hohes Maß an Vertrauen. 71 Prozent der Bürger haben sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in die Gesetze, 63 Prozent in die Gerichte. Damit nehmen beide Institutionen eine – verglichen mit anderen staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Institutionen – herausgehobene Stellung ein. Lediglich den mitt-

leren und kleineren Unternehmen als Rückgrat der deutschen Wirtschaft sowie der Polizei als Hüterin von Recht und Ordnung bringen die Bürger mit 84 Prozent bzw. 74 Prozent noch mehr Vertrauen entgegen. Besonders gering ausgeprägt ist mit 35 Prozent bzw. 34 Prozent das Vertrauen der Bevölkerung in die Kirche sowie in große Wirtschaftsunternehmen (Schaubild 1).

Großes Vertrauen in das Rechtssystem im Vergleich zu anderen Institutionen

Schaubild 1

Frage: „Könnten Sie mir bitte zu jedem Punkt auf dieser Liste sagen, wie viel Vertrauen Sie in jeden haben, ob sehr viel Vertrauen, ziemlich viel, wenig oder überhaupt kein Vertrauen?“  
(Vorlage einer Liste, Angaben in Prozent)



Im Vergleich zu den Höchstwerten des letzten Jahres ist das Vertrauen in Gesetze und Gerichte, aber auch in die Polizei wieder etwas gesunken, liegt aber weiterhin auch im Langzeitvergleich auf einem hohen Niveau. Vertrauten 2013 76 Prozent der Bürger den Gesetzen, sind es aktuell 71 Pro-

zent. Fast parallel dazu ist auch das Vertrauen in die Gerichte von 71 Prozent auf aktuell 63 Prozent gesunken. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei liegt mit derzeit 74 Prozent auf dem Niveau, das auch zwischen 2005 und 2012 erreicht wurde (Schaubild 2).

**Vertrauen in Gesetze und Gerichte auf hohem Niveau leicht gesunken im Vergleich zum Vorjahr**

Schaubild 2

Es haben sehr viel/ziemlich viel Vertrauen in ...  
(Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren; Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11032 (November 2014)

Auf hohem Niveau stabilisiert hat sich das Vertrauen in Bundesregierung und Verwaltung. Wie im Vorjahr vertrauen 50 Prozent der Bundesregierung. Der deutliche Anstieg seit 2010 und die nun zu beobachtende Stabilisierung auf hohem Niveau dürften maßgeblich auf die Tatsache zurückzuführen sein, dass die Bundesbürger von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, wie sie in vielen Nachbarstaaten angesichts der Schulden-

krise in der Euro-Zone an der Tagesordnung waren und sind, verschont geblieben sind und auch die derzeitigen internationalen Krisen kaum spürbare Auswirkungen für die deutsche Bevölkerung haben. Der Verwaltung vertrauen mit 47 Prozent ebenso viele Bürger wie im Vorjahr, was ebenfalls die Stabilisierung eines längeren Aufwärtstrends bedeutet (Schaubild 3).

### Stabiles Vertrauen in Regierung und Verwaltung

Schaubild 3

Es haben sehr viel/ziemlich viel Vertrauen in ...  
(Angaben in Prozent)



Bei den Institutionen der Wirtschaft gibt es eine uneinheitliche Entwicklung. Während bei den mittleren und kleinen Unternehmen mit 84 Prozent ein deutlicher Vertrauenszugewinn zu verzeichnen ist, ist das Vertrauen der Bevölkerung in große Wirtschaftsunternehmen wieder leicht, das Vertrauen in die Gewerkschaften sogar etwas stär-

ker gesunken. Konnten die Gewerkschaften während der Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich an Boden gewinnen und das Vertrauen von zuletzt 47 Prozent der Bürger für sich verbuchen, dürfte der aktuelle Rückgang auf 41 Prozent auch eine Folge der aktuellen Auseinandersetzungen bei Bahn und Lufthansa sein (Schaubild 4).

Wirtschaftliche Institutionen: uneinheitliche Entwicklung

Schaubild 4

Es haben sehr viel/ziemlich viel Vertrauen in ...  
(Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren; Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11032 (November 2014)

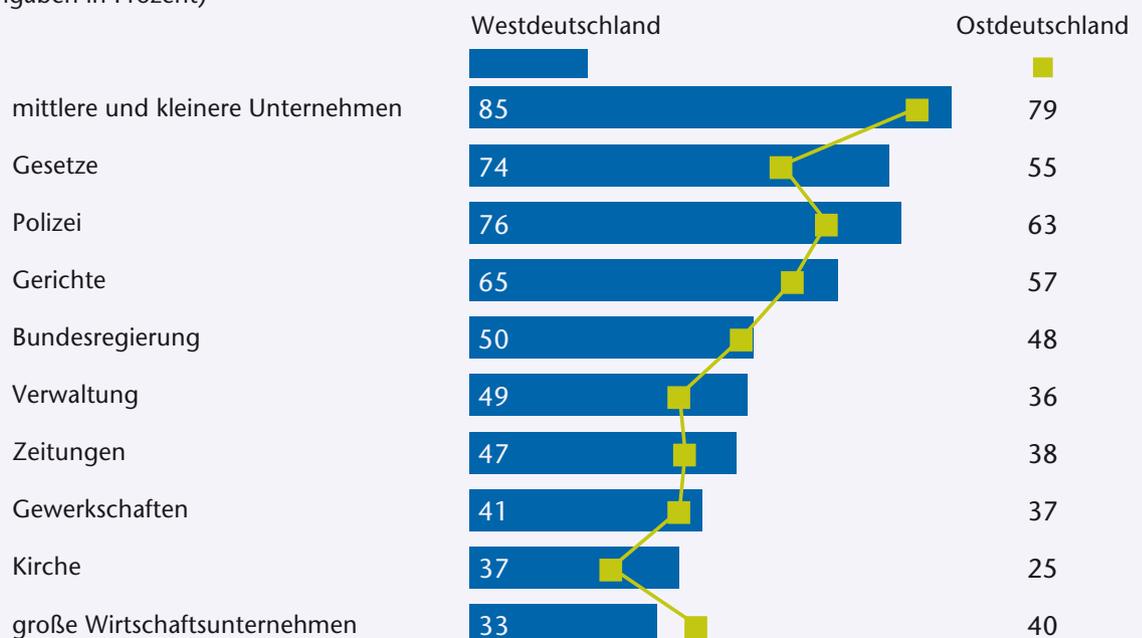
Auch 25 Jahre nach dem Fall der Mauer und der Wiedervereinigung gibt es zwischen West- und Ostdeutschland nach wie vor teils bemerkenswerte Unterschiede im Institutionenvertrauen. So vertrauen 74 Prozent der westdeutschen Bevölkerung den Gesetzen, in Ostdeutschland sind es lediglich 55 Prozent. Auch die Polizei, die Verwaltung, Zeitungen und Kirchen genießen in Ostdeutschland signifikant geringeres Vertrauen als im Westen der

Bundesrepublik. So vertrauen im Westen 76 Prozent der Polizei, im Osten sind es 63 Prozent. Der Verwaltung bringen 49 Prozent der westdeutschen, aber nur 37 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung Vertrauen entgegen (Schaubild 5). Dieses unterschiedliche Niveau ist nicht zuletzt den historischen Erfahrungen in den beiden Teilen Deutschlands geschuldet.

### 25 Jahre nach der Wende: weiterhin teilweise deutliche Unterschiede beim Institutionenvertrauen

Schaubild 5

Es haben sehr viel/ziemlich viel Vertrauen in ...  
(Angaben in Prozent)



Besonders sichtbar werden die unterschiedlichen historischen Erfahrungen bei einem Vergleich des Vertrauens der ostdeutschen Bevölkerung in ausgewählte Institutionen unmittelbar nach der Wiedervereinigung und heute. Dabei wird deutlich, dass die ostdeutschen Bürger vielfach mit einem sehr geringen Vertrauen in die staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen starteten. So vertrauten ein Jahr nach der Wiedervereinigung lediglich 35 Prozent der ostdeutschen Bürger der Polizei, inzwischen sind es 63 Prozent. Der Verwaltung brachten damals 22 Prozent Vertrauen entgegen, inzwischen

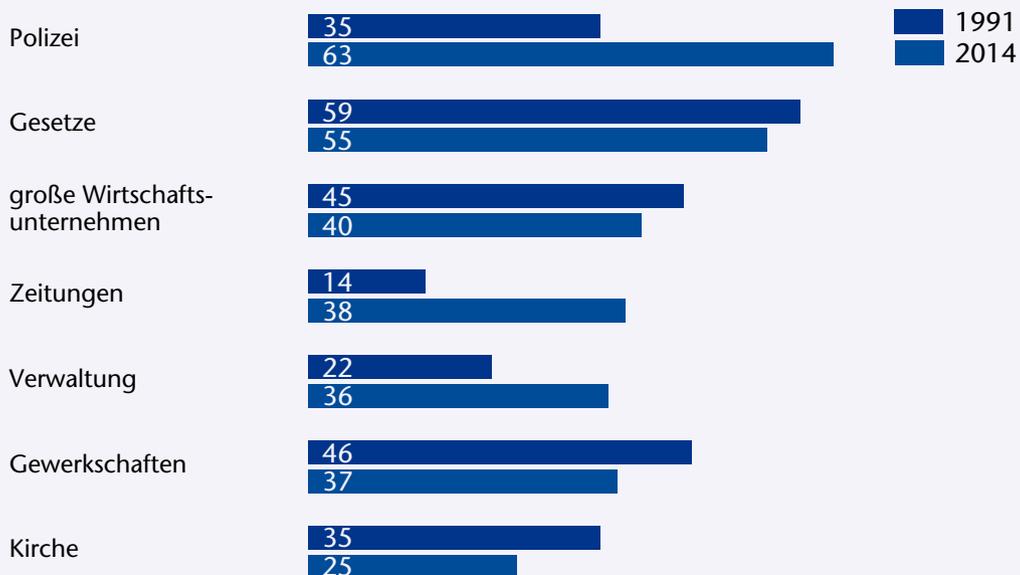
sind es 36 Prozent. Auch das Vertrauen in die Zeitungen als Indikator für das Vertrauen in die Medien insgesamt war vor dem Hintergrund der Erfahrungen in der DDR 1991 mit 14 Prozent denkbar gering ausgeprägt. Sehr ausgeprägt war allerdings auch unmittelbar nach der Wende das Vertrauen in die Gesetze. Höher als heute war das Vertrauen in große Wirtschaftsunternehmen, Gewerkschaften und – vor dem Hintergrund ihrer Rolle bei der friedlichen Revolution in der DDR – in die Kirchen (Schaubild 6).

**Institutionenvertrauen in Ostdeutschland: nach der Wende und heute**

Schaubild 6

Es haben sehr viel/ziemlich viel Vertrauen in ...  
(Angaben in Prozent)

– Auswahl für diejenigen Institutionen, für die ein Langzeittrend seit 1991 vorliegt –



Basis: Ostdeutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren; Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 5055 (September 1991) und 11032 (November 2014)

Ungeachtet des insgesamt hohen grundsätzlichen Vertrauens der Bevölkerung in Gesetze und Gerichte benennen die Bundesbürger auch eine Reihe von Kritikpunkten in Bezug auf das deutsche Rechts- und Justizsystem. Die Kritik lässt sich insgesamt vier Bereichen zuordnen:

- zu lange Verfahrensdauer aufgrund der Arbeitsüberlastung der Gerichte,
- eine als uneinheitlich wahrgenommene Rechtsprechung,
- zu milde Strafen und
- zu komplizierte Gesetze.

Am meisten kritisiert die Bevölkerung die langen Verfahrensdauern: 78 Prozent der Bevölkerung glauben, dass die Verfahren in Deutschland zu lange dauern. Mit 71 Prozent halten fast ebenso viele Bürger die Gerichte für überlastet.

Der zweite Kritikpunkt betrifft Zweifel an der Gleichbehandlung vor Gericht. 67 Prozent sind der Meinung, dass man die Chancen auf ein günstiges Urteil erhöht, wenn man sich einen bekannten Anwalt leisten kann. Das Gefühl, dass das jeweilige Urteil davon abhängt, welches Gericht zuständig ist, haben 56 Prozent.

Drittens werden die verhängten Strafen von den Bürgern kritisiert. Was das Strafmaß angeht, missfällt der Mehrheit der Bürger der ihrer Meinung nach zu milde Umgang mit jugendlichen Straftätern: 57 Prozent würden sich ein härteres Durchgreifen der Gerichte gegenüber jugendlichen Straftätern wünschen. Für 44 Prozent sind die Urteile der deutschen Gerichte allgemein oft zu milde.

Ein weiterer Kritikpunkt stellt schließlich die Komplexität der Gesetze dar. 55 Prozent der Bundesbürger halten die Gesetze für zu kompliziert, sodass man sie als „normaler Bürger“ nicht verstehe (Schaubild 7).

### Trotz grundsätzlich großem Vertrauen auch Kritik an Gerichten und Rechtsprechung

Schaubild 7

Frage: „Hier auf dieser Liste steht Verschiedenes, was uns über das deutsche Rechtssystem, die deutsche Justiz gesagt wurde. Was davon würden Sie selbst auch sagen?“  
(Vorlage einer Liste, Auszug, Angaben in Prozent)

#### Zu lange Verfahrensdauer

Viele Verfahren dauern zu lange

78

Die Gerichte haben heute viel zu viel Arbeit, sie sind überlastet

71

#### Mangelnde Gleichbehandlung

Wer sich einen bekannten Anwalt leisten kann, hat bessere Chancen auf ein günstiges Urteil

67

Die Rechtsprechung in Deutschland ist sehr uneinheitlich; das Strafmaß bzw. Urteil hängt stark vom zuständigen Gericht ab

56

#### Zu milde Strafen

Gegenüber jugendlichen Straftätern müssten die Gerichte härter durchgreifen

57

Die Urteile der deutschen Gerichte sind oft zu milde

44

#### Komplizierte Gesetze

Die Gesetze in Deutschland sind viel zu kompliziert, das versteht man als normaler Bürger überhaupt nicht

55

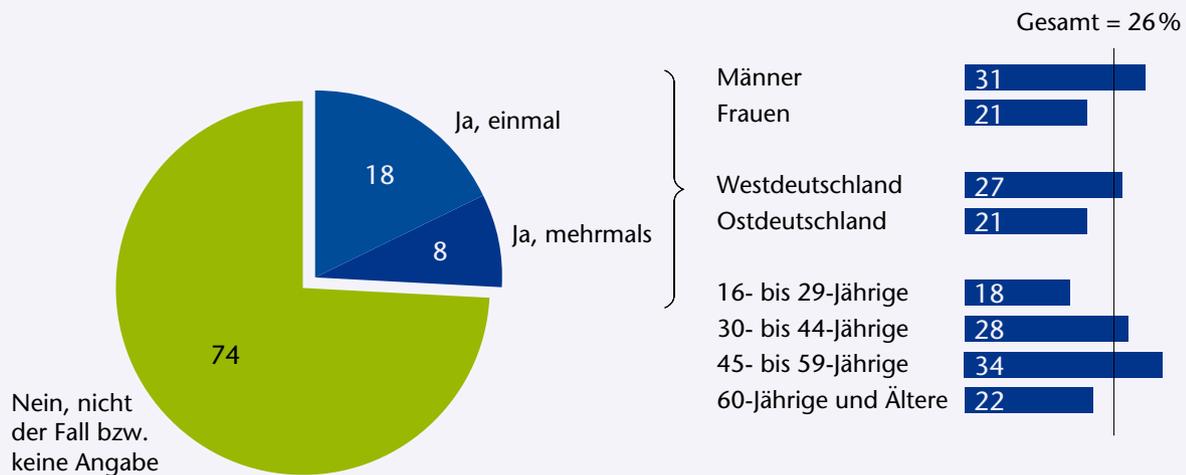
Viele Bürger erleben Recht und Rechtsprechung nicht nur aus einer Außenperspektive, sondern haben bereits persönliche Erfahrungen mit Gerichtsverfahren gemacht. Gut jeder vierte Bürger war in den zurückliegenden zehn Jahren an einem Gerichtsprozess beteiligt – als Kläger, Beklagter oder Zeuge. 18 Prozent waren einmal, acht Prozent mehrmals vor Gericht. Es waren mehr Männer als Frauen und besonders häu-

fig 45- bis 59-Jährige in Gerichtsverfahren involviert. Von ihnen waren 31 bzw. 34 Prozent an Gerichtsverfahren beteiligt. Einen Unterschied gibt es zudem zwischen West- und Ostdeutschland. Während im Westen bereits 27 Prozent der Bürger aktiv an einem Gerichtsverfahren beteiligt waren, waren es in Ostdeutschland nur 21 Prozent (Schaubild 8).

**Gut jeder vierte Bundesbürger war in den letzten zehn Jahren an einem Gerichtsprozess beteiligt**

Schaubild 8

Frage: „Waren Sie in den letzten zehn Jahren einmal oder mehrmals an einem Gerichtsprozess beteiligt, egal ob als Kläger, Beklagter oder als Zeuge, oder war das nicht der Fall?“  
(Angaben in Prozent)



## II. MEDIATION – EIN WEG ZUR VERMEIDUNG VON GERICHTSPROZESSEN

Manchmal wird den Deutschen nachgesagt, sie seien ausgesprochen prozessfreudig und neigten in hohem Maße dazu, auch bei Bagatellen die Gerichte anzurufen. Die Befunde der zurückliegenden ROLAND Rechtsreporte sprechen eine andere Sprache: Der großen Mehrheit der Bevölkerung ist der Gedanke, vor einem Gericht zu stehen, unangenehm. Lediglich eine Minderheit der Bevölkerung schreckt dieser Gedanke nicht. Eine Alternative zu einem Gerichtsverfahren ist die

außergerichtliche Streitbeilegung mittels Mediation. Bereits der erste ROLAND Rechtsreport 2010 hat sich intensiv mit den Einstellungen der Bevölkerung gegenüber der Mediation befasst. Im Rahmen der aktuellen Untersuchung für den vorliegenden ROLAND Rechtsreport werden die Ergebnisse zu Bekanntheit und Bewertung des für Deutschland nach wie vor relativ neuen Verfahrens fortgeschrieben.

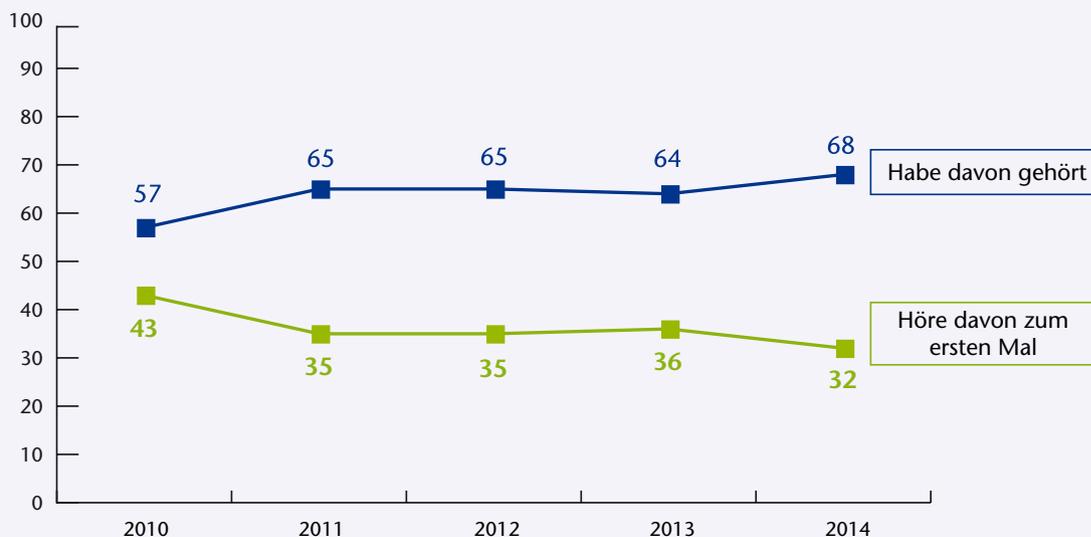
Mit dem Gesetz zur Förderung der Mediation und anderer Verfahren der außergerichtlichen Konfliktbeilegung ist Mitte 2012 erstmals eine umfassende gesetzliche Regelung für die außergerichtliche Mediation in Kraft getreten. Vereinfacht kann die Mediation als Verfahren beschrieben werden, in dem zwei Streitparteien mithilfe eines unabhängigen Vermittlers, eines sogenannten Mediators, gemeinsam versuchen, zu einer Konfliktlösung zu kommen. Die Mediation als Instrument der Streitbeilegung wurde in Deutschland erst Anfang der 1990er-Jahre entdeckt.

Die Bekanntheit des Mediationsverfahrens hat im Vergleich zum Vorjahr nochmals zugenommen. Nach den aktuellen Daten haben 68 Prozent der Bevölkerung bereits von der Möglichkeit der Mediation gehört. Nur knapp ein Drittel der Bevölkerung hat noch nicht von der Möglichkeit der Mediation gehört (Schaubild 9).

**Bekanntheit des Mediationsverfahrens leicht gestiegen**

Schaubild 9

Frage: „Wenn man bei einer rechtlichen Auseinandersetzung nicht mehr weiterkommt, gibt es neben dem Gerichtsverfahren auch die Möglichkeit der sogenannten Mediation. Dabei versuchen die beiden Streitparteien mithilfe eines unabhängigen Vermittlers, eines sogenannten Mediators, gemeinsam zu einer Konfliktlösung zu kommen. Haben Sie von der Möglichkeit der Mediation schon einmal gehört, oder hören Sie davon jetzt zum ersten Mal?“ (Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren; Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11032 (November 2014)

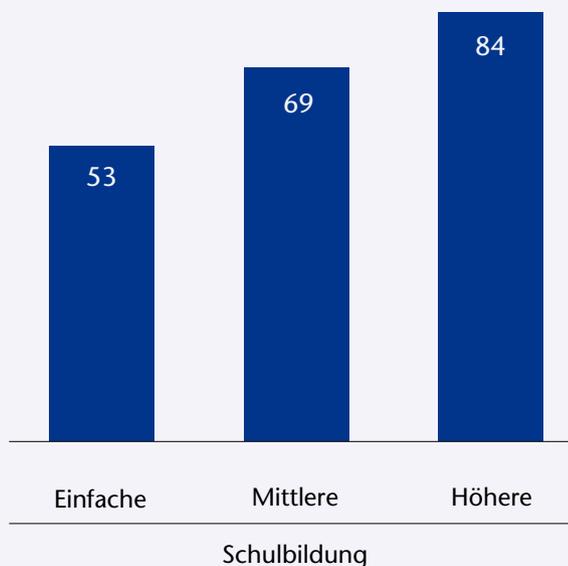
Besonders in höheren Bildungsschichten ist die Mediation weithin bekannt. 84 Prozent der Personen mit einer höheren Schulbildung haben bereits von der Möglichkeit der Mediation gehört, von

Personen mit mittlerer Schulbildung sind es 69 Prozent. Aber auch von denjenigen mit einfacher Schulbildung hat gut jeder Zweite bereits vom Mediationsverfahren gehört (Schaubild 10).

#### Bekanntheit des Mediationsverfahrens abhängig vom Bildungsniveau

Schaubild 10

Es haben bereits von der Möglichkeit der Mediation gehört  
(Angaben in Prozent)



Für die Bewertung der Mediation wurde den Befragten wie in den Vorjahren eine detaillierte Beschreibung der Einzelheiten des Verfahrens vorgelegt:

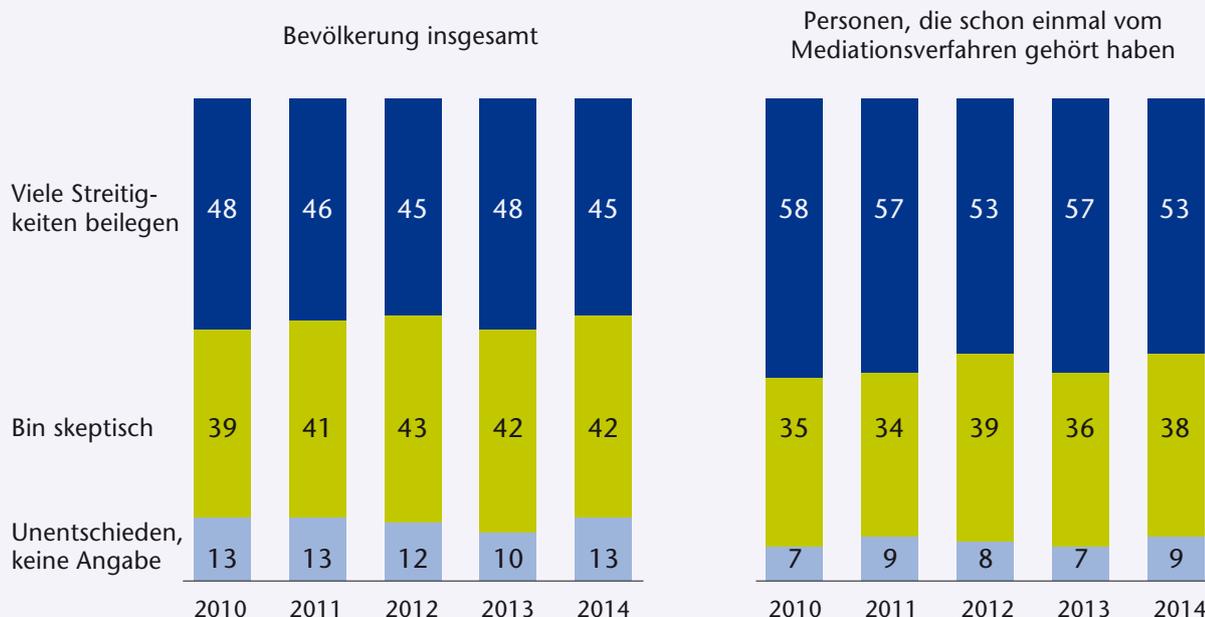
- Die Teilnahme am Mediationsverfahren ist freiwillig.
- Die beiden Streitparteien versuchen mithilfe eines unabhängigen Vermittlers, eines sogenannten Mediators, gemeinsam zu einer Konfliktlösung zu kommen.
- Die beiden Streitparteien wählen den Mediator gemeinsam aus.
- Der Mediator unterstützt die beiden Streitparteien lediglich bei der Suche nach einer Konfliktlösung, er trifft selbst keine Entscheidungen und schlägt keine möglichen Lösungen vor.
- Die gemeinsam gefundene Lösung beruht auf der Einigung der beiden Parteien.

Auf Basis dieser Informationen bewertet die Bevölkerung die Erfolgchancen des Mediationsverfahrens auf einem weitgehend ähnlichen Niveau wie in den Vorjahren. Aktuell sind 45 Prozent der Bürger der Meinung, dass sich durch die Mediation viele Streitigkeiten beilegen lassen, 42 Prozent sind diesbezüglich skeptisch. Von den Personen, die bereits von der Möglichkeit der Mediation

gehört haben und die damit zumindest teilweise auch weitere Informationen als Grundlage für ihr Urteil haben, ist mit 53 Prozent die Mehrheit davon überzeugt, dass sich mit den Methoden der Mediation viele rechtliche Auseinandersetzungen beilegen lassen (Schaubild 11).

**Bewertung der Erfolgchancen des Mediationsverfahrens aus Sicht der Bevölkerung** Schaubild 11

Frage: „Hier stehen einige Einzelheiten des sogenannten Mediationsverfahrens aufgeschrieben. Wenn Sie sich das bitte einmal durchlesen. Einmal ganz allgemein gefragt: Glauben Sie, dass man mit einem solchen Verfahren viele rechtliche Auseinandersetzungen beilegen kann, oder sind Sie da skeptisch?“ (Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren; Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11032 (November 2014)





**Teil B | Rechtliche Sorgen der Bevölkerung und ihre  
Einstellung zu bundesweiten Volksabstimmungen**

# I.

## Rechtliche Sorgen der Bevölkerung

An vielen Stellen im Alltag lauern Risiken, die bei ungünstigem Verlauf in einer rechtlichen Auseinandersetzung münden können. Dabei machen sich die Bürger ganz unterschiedlich häufig Sorgen über die verschiedenen Rechtsrisiken des Alltags. Am häufigsten machen sich die Bürger über die Verwicklung in einen Verkehrsunfall und einen ärztlichen Behandlungsfehler Gedanken: 60 Prozent sagen, dass sie sich manchmal Sorgen machen, dass sie in einen Verkehrsunfall verwickelt werden könnten; 54 Prozent machen sich gelegentlich Sorgen über einen ärztlichen Behandlungsfehler.

Auch Opfer einer Straftat wie Diebstahl, Einbruch oder Körperverletzung zu werden, beschäftigt mit 46 Prozent fast jeden Zweiten hin und wieder. Andere Rechtsrisiken folgen erst mit deutlichem Abstand: Gut ein Drittel macht sich manchmal Gedanken über eine mögliche rechtliche Auseinandersetzung mit seiner Versicherung, wenn es um die Kostenübernahme im Schadenfall

geht; 29 Prozent sorgen sich, dass es zu einer rechtlichen Auseinandersetzung mit Behörden oder Ämtern kommt. Dass er wegen einer Kfz-Ordnungswidrigkeit belangt wird, versetzt jeden vierten Bürger gelegentlich in Unruhe.

Rund jeder fünfte macht sich Sorgen, dass er in Mietstreitigkeiten verwickelt werden könnte, es zu rechtlichen Problemen bei Kaufverträgen kommt oder Nachbarschaftsstreit droht. Andere rechtliche Auseinandersetzungen wie Familienstreitigkeiten, Auseinandersetzungen mit dem Arbeitgeber, Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit Urlaubsreisen, Mobbing oder Erbschaftsstreitigkeiten beschäftigen nur jeweils zwischen 11 und 16 Prozent der Bevölkerung.

Am Ende der Liste stehen die möglichen rechtlichen Probleme beim Kauf einer Immobilie. Nur acht Prozent der Bürger sind hin und wieder besorgt darüber, dass sie darin verwickelt werden könnten (Schaubild 12).

## Rechtliche Sorgen der Bevölkerung

## Schaubild 12

Frage: „Man macht sich ja manchmal Sorgen und denkt darüber nach, dass einem eventuell mal etwas Unangenehmes passieren könnte. Hier auf dieser Liste steht Verschiedenes. Ist etwas dabei, bei dem Sie sagen würden, dass Sie sich da manchmal Sorgen machen, dass Ihnen etwas davon passieren könnte?“ (Vorlage einer Liste, Angaben in Prozent)

Dass ich in einen <b>Verkehrsunfall</b> verwickelt werde	60
Dass ein <b>Arzt</b> bei einer <b>Behandlung</b> oder <b>OP</b> einen <b>Fehler</b> macht	54
Dass ich <b>Opfer</b> einer <b>Straftat</b> werde, z. B. Diebstahl, Einbruch oder Körperverletzung	46
Dass es zu <b>Auseinandersetzungen</b> mit einer <b>Versicherung</b> kommt, z. B. weil sie die Kosten für etwas nicht übernehmen wollte	35
Dass es zu Auseinandersetzungen mit <b>Behörden</b> oder <b>Ämtern</b> kommt	29
Dass ich wegen einer <b>Kfz-Ordnungswidrigkeit</b> belangt werde, z. B. wegen einer Geschwindigkeitsübertretung oder Überfahren einer roten Ampel	25
Dass es Streitigkeiten mit dem <b>Vermieter</b> bzw. mit <b>Mietern</b> gibt	21
Dass es bei <b>Kaufverträgen</b> , z. B. bei Autos, Handys oder Abos, zu rechtlichen Problemen kommt	19
Dass es zu Streit mit den <b>Nachbarn</b> kommt	18
Dass es wegen <b>Familienangelegenheiten</b> zu einer rechtlichen Auseinandersetzung kommt, z. B. wegen Scheidung, Unterhalt oder Sorgerecht	16
Dass es zu einer Auseinandersetzung mit meinem <b>Arbeitgeber</b> kommt, z. B. wegen einer Kündigung oder eines Arbeitszeugnisses	14
Dass es im Zusammenhang mit <b>Urlaubsreisen</b> zu Auseinandersetzungen kommt, z. B. wegen Mängeln im Hotel, Verspätungen von Flug oder Bahn	14
Dass ich <b>gemobbt</b> werde	13
Dass ich in einen <b>Erbschaftsstreit</b> verwickelt werde	11
Dass es beim <b>Kauf</b> einer <b>Immobilie</b> zu rechtlichen Problemen kommt	8

Die Sorgen sind dabei mitunter auch an bestimmte Lebensphasen gebunden. So machen sich die 60-Jährigen und Älteren überdurchschnittlich Sorgen über ärztliche Behandlungsfehler, worin sich nicht zuletzt auch die relativ schlechtere Gesundheit, die mit vermehrten Arztbesuchen einhergeht, widerspiegelt. 66 Prozent der 60-Jährigen und Älteren machen sich darüber Gedanken, von den 16- bis 29-Jährigen sind es lediglich 38 Prozent. Überdurchschnittlich häufig macht sich die

jüngere Generation dagegen Sorgen wegen rechtlicher Probleme bei Kaufverträgen wie beispielsweise beim Auto, Handy oder bei Abonnements. Auch arbeitsrechtliche Auseinandersetzungen sowie Mobbing sind Themen, die Jüngere deutlich häufiger beschäftigen als Ältere. Familienrechtliche Auseinandersetzungen fürchten hingegen insbesondere die 30- bis 59-Jährigen (Schaubild 13).

## Lebensphasenspezifische Sorgen

Schaubild 13

Es machen sich darüber manchmal Sorgen – (Angaben in Prozent)	Bevölkerung insgesamt	Altersgruppen			
		16-29 Jahre	30-44 Jahre	45-59 Jahre	60 Jahre und älter
Dass ich in einen <b>Verkehrsunfall</b> verwickelt werde	60	56	65	59	59
Dass ein <b>Arzt</b> bei einer <b>Behandlung</b> oder OP einen <b>Fehler</b> macht	54	38	52	52	66
Dass ich <b>Opfer</b> einer <b>Straftat</b> werde, z.B. Diebstahl, Einbruch oder Körperverletzung	46	40	45	41	53
Dass es zu <b>Auseinandersetzungen</b> mit einer <b>Versicherung</b> kommt, z.B. weil sie die Kosten für etwas nicht übernehmen wollte	35	26	32	38	39
Dass es zu Auseinandersetzungen mit <b>Behörden</b> oder <b>Ämtern</b> kommt	29	28	29	28	29
Dass ich wegen einer <b>Kfz-Ordnungswidrigkeit</b> belangt werde, z.B. wegen einer Geschwindigkeitsübertretung oder Überfahren einer roten Ampel	25	25	34	28	18
Dass es Streitigkeiten mit dem <b>Vermieter</b> bzw. mit <b>Mietern</b> gibt	21	24	23	18	19
Dass es bei <b>Kaufverträgen</b> , z.B. bei Autos, Handys oder Abos, zu rechtlichen Problemen kommt	19	26	25	20	11
Dass es zu Streit mit den <b>Nachbarn</b> kommt	18	16	17	17	22
Dass es wegen <b>Familienangelegenheiten</b> zu einer rechtlichen Auseinandersetzung kommt, z.B. wegen Scheidung, Unterhalt oder Sorgerecht	16	15	19	21	11
Dass es zu einer Auseinandersetzung mit meinem <b>Arbeitgeber</b> kommt, z.B. wegen einer Kündigung oder eines Arbeitszeugnisses	14	26	22	16	2
Dass es im Zusammenhang mit <b>Urlaubsreisen</b> zu Auseinandersetzungen kommt, z.B. wegen Mängeln im Hotel, Verspätungen von Flug oder Bahn	14	16	16	14	12
Dass ich <b>gemobbt</b> werde	13	21	13	17	5
Dass ich in einen <b>Erbschaftsstreit</b> verwickelt werde	11	6	12	14	11
Dass es beim <b>Kauf</b> einer <b>Immobilie</b> zu rechtlichen Problemen kommt	8	8	13	7	5

Männer und Frauen machen sich weitgehend über ähnliche Themen Sorgen. Nur in vier Bereichen gibt es nennenswerte Unterschiede. Die Angst vor einem ärztlichen Behandlungsfehler, dass man Opfer einer Straftat wird oder in einen Erbschaftsstreit verwickelt werden könnte, beunruhigt signifikant mehr Frauen als Männer. So machen sich 51 Prozent der Frauen manchmal Gedanken darüber,

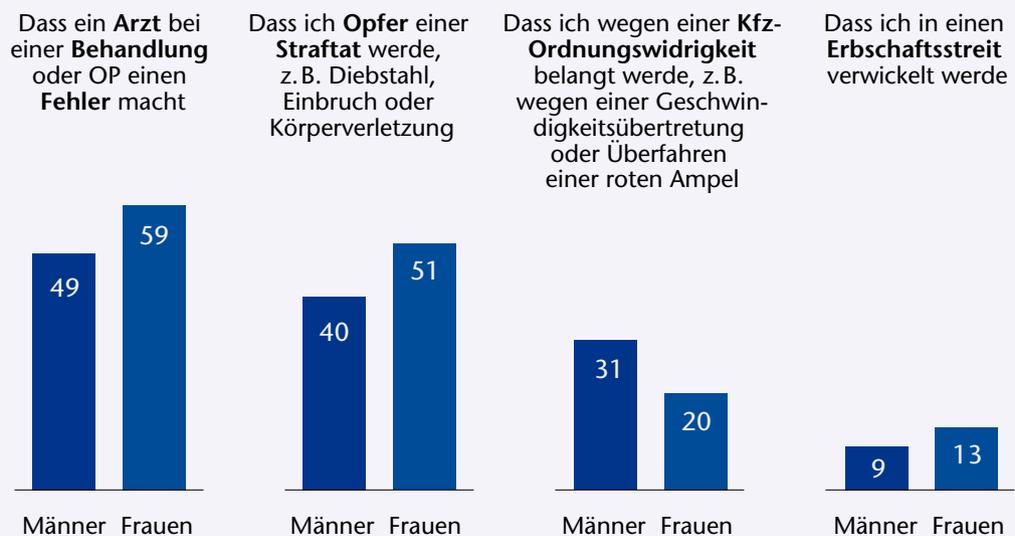
Opfer einer Straftat zu werden. Von den Männern machen sich hingegen „nur“ 40 Prozent darüber Sorgen. Umgekehrt sorgen sich mehr Männer als Frauen, wegen einer Kfz-Ordnungswidrigkeit belangt zu werden. 31 Prozent der Männer, aber nur 20 Prozent der Frauen beschäftigt dieses Thema (Schaubild 14).

## Frauen- und Männersorgen

Schaubild 14

Auswahl der Bereiche, bei denen es größere Unterschiede gibt –

Es machen sich darüber manchmal Sorgen –  
(Angaben in Prozent)





## II.

# EINSTELLUNG DER BEVÖLKERUNG ZU BUNDESWEITEN VOLKSABSTIMMUNGEN

Es gab in den letzten Jahren eine Vielzahl von Plebisziten, mit denen die Bürger auf kommunaler Ebene oder auf Landesebene unmittelbar über bestimmte Großprojekte entschieden haben: Stuttgart 21, die Rekommunalisierung der Hamburger Energie-Netze oder die künftige Nutzung des Flughafens Tempelhof in Berlin sind dabei nur die bekanntesten Projekte. Die generelle Stärkung der direkten Demokratie findet in der Bevölkerung in der Regel eine breite Zustimmung. Im Rahmen dieses Berichts soll das Augenmerk speziell auf das aktuelle Meinungsbild zu bundesweiten Volksabstimmungen gelegt werden.

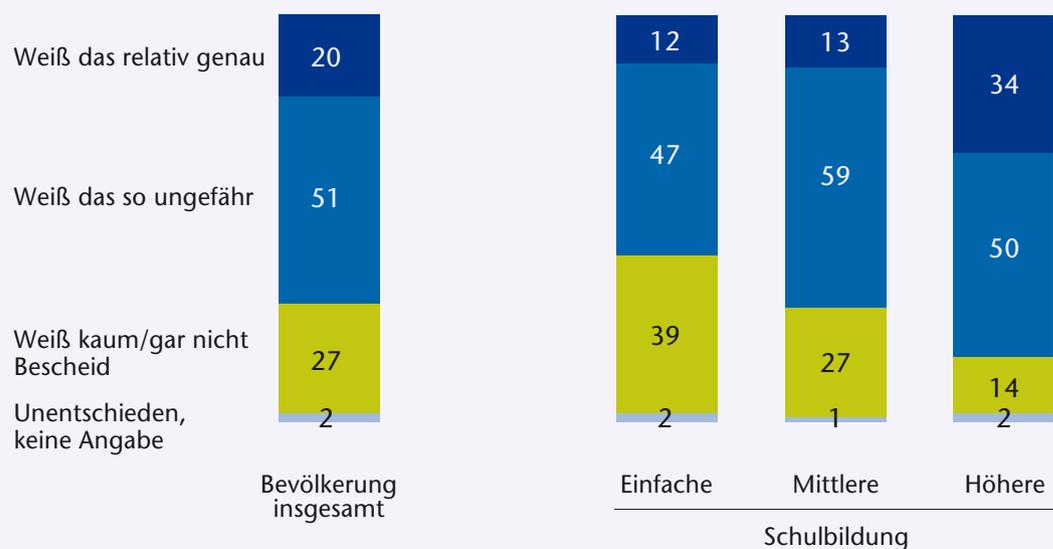
Direktdemokratische Elemente stehen mitunter in einem Spannungsverhältnis zu dem System der repräsentativen Demokratie. Insofern liegt die Vermutung nahe, dass die Unterstützung für die Ausweitung der direkten Demokratie teilweise darin begründet liegt, dass die Bürger sich unzurei-

chend über den Gesetzgebungsprozess informiert fühlen und vor diesem Hintergrund Volksabstimmungen als transparenteres und einfacher nachzuvollziehendes Verfahren betrachten. Dabei ist es keinesfalls so, dass die Bundesbürger das Gefühl haben nicht zu wissen, wie in Deutschland Gesetze zustande kommen. 20 Prozent haben nach eigener Einschätzung ein relativ genaues Verständnis davon, 51 Prozent wissen dies zumindest in etwa. Lediglich 27 Prozent sagen von sich selbst, dass sie darüber kaum bzw. gar nicht Bescheid wissen. Erwartungsgemäß hängt das Wissen um das Gesetzgebungsverfahren stark mit dem eigenen Bildungshintergrund zusammen. Von den Bürgern mit einfacher Schulbildung fehlt 39 Prozent selbst ein ungefähres Wissen, während in den höheren Bildungsschichten 34 Prozent angeben, ein sehr genaues Wissen über den legislativen Prozess in der Bundesrepublik zu besitzen (Schaubild 15).

Wissenstand zum Gesetzgebungsverfahren in Deutschland

Schaubild 15

Frage: „Würden Sie sagen, Sie wissen relativ genau, wie in Deutschland Gesetze zustande kommen, oder wissen Sie das so ungefähr, oder wissen Sie darüber kaum bzw. gar nicht Bescheid?“  
(Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren; Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11032 (November 2014)

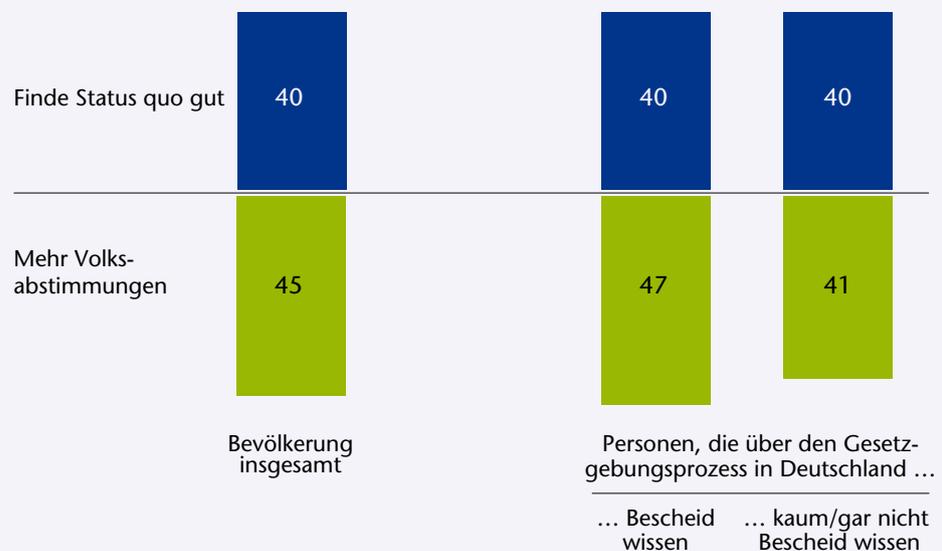
Wie steht es nun aber um die Unterstützung für die Ausweitung bundesweiter Volksabstimmungen? Stellt man die Bürger vor die Frage, ob sie es gut finden, dass es in Deutschland kaum bundesweite Volksabstimmungen gibt, oder ob sie es besser fänden, wenn es künftig zu mehr politischen Fragen eine Volksabstimmung geben würde, sprechen sich 40 Prozent für den Status quo, 45 Prozent für eine Ausweitung von bundesweiten Volksabstimmungen aus. Dabei gibt es praktisch kaum Unterschiede zwischen verschiedenen Alters- oder

Bildungsgruppen. Auch hat der Wissensstand, wie Gesetze in Deutschland verabschiedet werden, keinen nennenswerten Einfluss auf die eigene Einstellung. Diejenigen, die gut oder zumindest ungefähr darüber Bescheid wissen, sprechen sich zu 47 Prozent für die stärkere Nutzung bundesweiter Volksabstimmungen aus; von denjenigen, die nur eine geringe oder keine Kenntnis über den Gesetzgebungsprozess in der Bundesrepublik haben, sind es 41 Prozent (Schaubild 16).

### Mehr bundesweite Volksabstimmungen?

Schaubild 16

Frage: „In Deutschland gibt es ja kaum bundesweite Volksabstimmungen. Finden Sie das gut, oder fänden Sie es besser, wenn es zu mehr politischen Fragen eine Volksabstimmung geben würde?“ (Angaben in Prozent)



An 100 fehlende Prozent: unentschieden, keine Angabe

Die Felder, auf denen die Befürworter von mehr bundesweiten Volksabstimmungen, aber auch die Bevölkerung insgesamt mitbestimmen möchten, sind breit gefächert. Jeweils mehr als die Hälfte derjenigen, die sich für eine Ausweitung bundesweiter Volksabstimmungen aussprechen, möchte gern über die Einführung der Pkw-Maut, die Zulassung gentechnisch veränderter Lebensmittel, die Erhöhung der Abgeordnetenbezüge sowie die Zuwanderung nach Deutschland abstimmen.

Auch die Steuer-, Renten- und Gesundheitspolitik sind Bereiche, bei denen jeweils rund 40 Prozent derjenigen, die sich für eine Stärkung bundesweiter Volksabstimmungen aussprechen, mitbestimmen möchten. Im Vergleich dazu eher als nachrangig

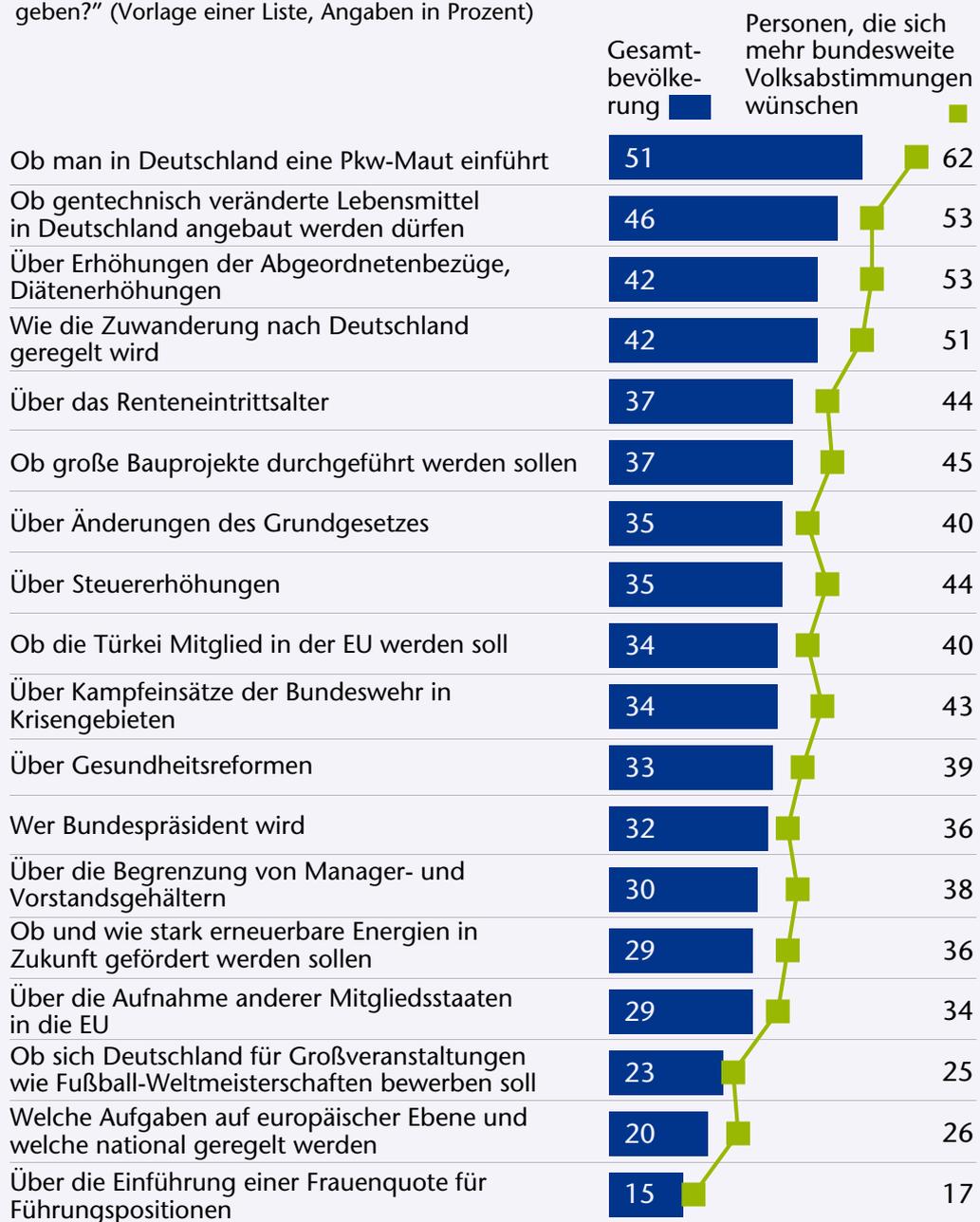
gelten Themen wie die Direktwahl des Bundespräsidenten, die Begrenzung von Managergehältern, die Entscheidung über die Ausrichtung von sportlichen Großveranstaltungen oder die Einführung einer Frauenquote für Führungspositionen.

Die Gesamtheit der Bürger hat – auf insgesamt niedrigerem Niveau – ähnliche Ansichten, welche Themen zum Gegenstand von Volksabstimmungen werden sollten. Die Pkw-Maut ist dabei auch in der Gesamtbevölkerung das am häufigsten genannte Vorhaben, über das man gern abstimmen würde. 51 Prozent der Gesamtbevölkerung wünschen sich hierzu eine Volksabstimmung (Schaubild 17).

## Zu welchen Themen sollten Volksabstimmungen durchgeführt werden?

Schaubild 17

Frage: „Man kann ja unterschiedlicher Meinung sein, in welchen Fällen, zu welchen Themen Volksabstimmungen durchgeführt werden sollen. Hier auf dieser Liste stehen verschiedene Punkte. Bei welchen davon würden Sie sagen: Darüber sollte es eine Volksabstimmung geben?“ (Vorlage einer Liste, Angaben in Prozent)

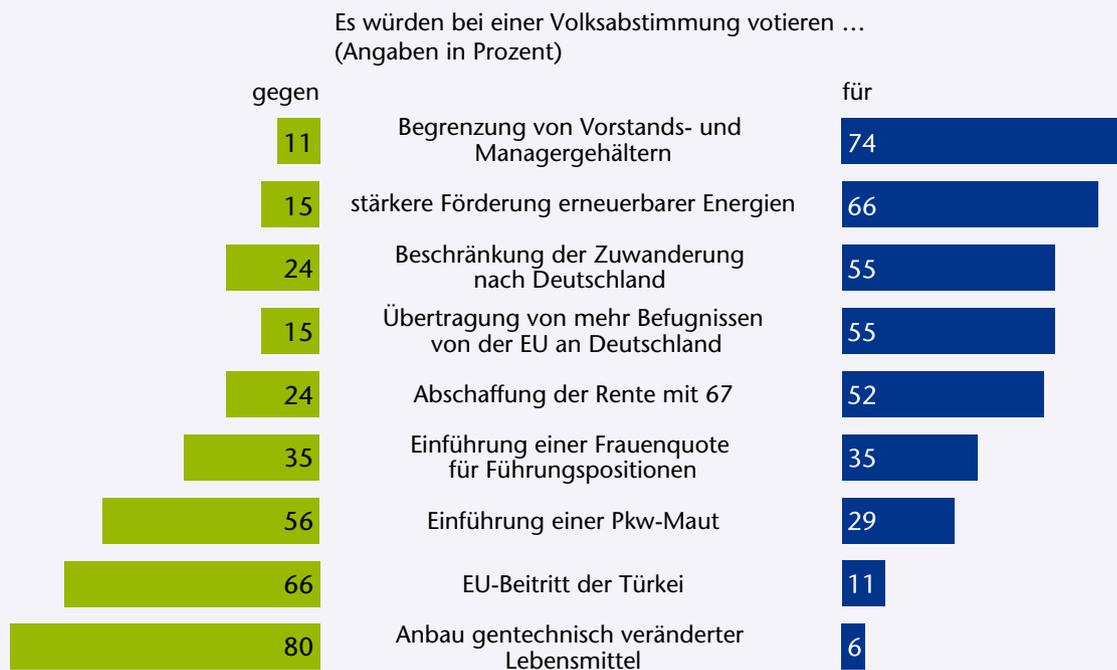


Das Votum der Bürger fällt bei vielen Fragen sehr eindeutig aus: 74 Prozent würden sich bei einer Volksabstimmung für die Begrenzung von Vorstands- und Managergehältern aussprechen, 66 Prozent für die (noch) stärkere Förderung erneuerbarer Energien, 55 Prozent für die Beschränkung der Zuwanderung nach Deutschland. Ebenso viele würden sich bei einer Volksabstimmung für die Rückübertragung von Befugnissen von der europä-

ischen auf die nationale Ebene aussprechen. Eine Mehrheit fände zudem die Abschaffung der Rente mit 67 richtig. Keinen Erfolg bei Volksabstimmungen hätte die Einführung der Pkw-Maut, gegen die 56 Prozent der Bevölkerung votieren würden. Auch der EU-Beitritt der Türkei sowie der Anbau gentechnisch veränderter Lebensmittel würden auf breite Ablehnung stoßen (Schaubild 18).

**Bürger-Votum bei möglichen bundesweiten Volksabstimmungen**

Schaubild 18



An 100 fehlende Prozent: unentschieden, keine Angabe

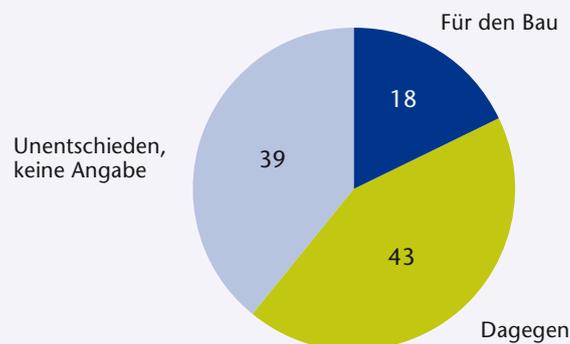
Während die Förderung erneuerbarer Energien mit einer breiten Unterstützung rechnen könnte, ist die Zustimmung zu den erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen auf regionaler Ebene keineswegs gewiss. Der ROLAND Rechtsreport 2012 hat sich ausführlich mit der Einstellung der Bevölkerung zu Infrastrukturprojekten und rechtlichen Auseinandersetzungen um solche Vorhaben befasst.

Und auch beim Thema Volksabstimmungen wird die skeptische Haltung der Bürger zu Infrastrukturmaßnahmen wie oberirdischen Hochspannungsleitungen sichtbar: 43 Prozent würden sich bei einer regionalen Volksabstimmung gegen den Bau neuer oberirdischer Hochspannungsleitungen aussprechen, nur 18 Prozent dafür (Schaubild 19).

### Kaum Realisierungschancen für große regionale Infrastrukturprojekte im Energiebereich

Schaubild 19

Frage: „Wie würden Sie abstimmen, wenn hier in der Region eine neue oberirdische Hochspannungsleitung gebaut werden sollte? Wären Sie für den Bau oder dagegen?“  
(Angaben in Prozent)





## Verzeichnis der Schaubilder

<b>Teil A</b>	<b>Seite</b>
Schaubild 1 Großes Vertrauen in das Rechtssystem im Vergleich zu anderen Institutionen .....	12
Schaubild 2 Vertrauen in Gesetze und Gerichte auf hohem Niveau leicht gesunken im Vergleich zum Vorjahr .....	13
Schaubild 3 Stabiles Vertrauen in Regierung und Verwaltung .....	14
Schaubild 4 Wirtschaftliche Institutionen: uneinheitliche Entwicklung .....	15
Schaubild 5 25 Jahre nach der Wende: weiterhin teilweise deutliche Unterschiede beim Institutionenvertrauen .....	16
Schaubild 6 Institutionenvertrauen in Ostdeutschland: nach der Wende und heute .....	17
Schaubild 7 Trotz grundsätzlich großem Vertrauen auch Kritik an Gerichten und Rechtsprechung ..	18
Schaubild 8 Gut jeder vierte Bundesbürger war in den letzten zehn Jahren an einem Gerichtsprozess beteiligt .....	19
Schaubild 9 Bekanntheit des Mediationsverfahrens leicht gestiegen .....	21
Schaubild 10 Bekanntheit des Mediationsverfahrens abhängig vom Bildungsniveau .....	22
Schaubild 11 Bewertung der Erfolgchancen des Mediationsverfahrens aus Sicht der Bevölkerung ...	23

**Teil B**

Schaubild 12 Rechtliche Sorgen der Bevölkerung .....	27
Schaubild 13 Lebensphasenspezifische Sorgen .....	29
Schaubild 14 Frauen- und Männersorgen .....	30
Schaubild 15 Wissensstand zum Gesetzgebungsverfahren in Deutschland .....	33
Schaubild 16 Mehr bundesweite Volksabstimmungen? .....	34
Schaubild 17 Zu welchen Themen sollten Volksabstimmungen durchgeführt werden? .....	36
Schaubild 18 Bürger-Votum bei möglichen bundesweiten Volksabstimmungen .....	37
Schaubild 19 Kaum Realisierungschancen für große regionale Infrastrukturprojekte im Energiebereich .....	38







ROLAND-Gruppe  
Deutz-Kalker Straße 46  
50679 Köln

[www.roland-gruppe.de](http://www.roland-gruppe.de)  
[service@roland-rechtsschutz.de](mailto:service@roland-rechtsschutz.de)